

# A1NEU3 Stromkonzept 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

Gremium: Rohfassung

Beschlussdatum: 21.08.2018

## Antragstext

1 100 % Strom aus erneuerbaren Energien – dezentral und in Bürgerhand

2 Inhalt

3 Stand: 180821

4 I) Zusammenfassung

5 II) Ausgangslage

6 1) Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

7 2) Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst

8 3) Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern besonders schwierig

9 III) Unsere Ziele im Strombereich:

10 100 % erneuerbar, möglichst dezentral und in Bürgerhand

11 IV) Was wir ändern wollen

12 1) Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

13 2) Effizienzpotenziale heben

14 3) KWK in Bayern mehr nutzen

15 4) Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur in Bayern

16 5) Netze anpassen

17 6) Speicherkapazitäten errichten

18 7) Flexibilitäten entwickeln

19 8) Sektorenkopplung anschieben

20 9) Staat und Kommunen werden Vorbilder

21 10) Bürgernahe Beratung

22 11) Rahmenbedingungen ändern

23 V) Global denken, lokal handeln

24 I.) Zusammenfassung

25 Die Energiewende, also die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien, ist  
26 die Grundlage für einen wirksamen Klimaschutz. Sie ist -neben dem Wandel zu  
27 einer Kreislaufwirtschaft das Kernstück einer großen Transformation hin zu einer  
28 klimaverträglichen und nachhaltigen Wirtschaft. Unser Vorteil: Technisch sind  
29 bei der Energiewende alle Fragen weitgehend gelöst. Uns stehen alle  
30 Möglichkeiten offen. Jetzt gilt es anzupacken.

31 Angesichts der deutlich spürbaren Klimaveränderungen und der Zukunftsprognosen,  
32 die bisher alle noch übertroffen wurden, ist es höchste Zeit, das Tempo bei der  
33 Energiewende zu erhöhen. Dabei geht es um alle Bereiche, in denen Treibhausgase  
34 emittiert werden, also um Wärme, Verkehr, Landwirtschaft und den Strombereich.

35 Dieses Konzept konzentriert sich auf den Bereich Strom.

36 Bayern liegt mit seinen Klimaschutzbemühungen weit unter dem Bundesdurchschnitt.  
37 Seit 1990 wurden in Bayern gerade einmal 10 % Treibhausgasemissionen eingespart.  
38 Das ist ein Scheitern auf ganzer Linie. Die Staatsregierung hat sich jahrelang  
39 auf dem hohen Atomstromanteil ausgeruht, bremst die Energiewende und setzt nun  
40 vor allem auf Stromimporte, egal welcher Art. Das ist nicht unser Ziel. Wir  
41 wollen bis zum Jahr 2030 100 % Strom aus Erneuerbaren Energiequellen, möglichst  
42 dezentral und in Bürgerhand.

43 Dazu benötigen wir schnell deutlich mehr Erneuerbare Energien, Kraft-Wärme-  
44 Kopplungsanlagen und einen effizienteren Umgang mit Energie. Schädliche  
45 Kraftwerke können nicht nur schneller stillgelegt werden, sondern sie müssen es  
46 auch. Denn sie behindern die Systemumstellung auf 100 % Erneuerbare Energien.  
47 Das neue Stromsystem braucht auch eine andere Infrastruktur. Der Umbau der  
48 Stromnetze und der Aufbau von Stromspeichern sind Grundlage dafür, mit dem im  
49 Tages- und Jahresverlauf schwankenden Stromangebot aus Wind und Sonne gut  
50 umgehen zu können.

51 Bayern hat die besten Voraussetzungen eine echte Vorreiterrolle einzunehmen. Wir  
52 haben eine Vielzahl von Möglichkeiten jetzt den Hebel auf 100 % Erneuerbare  
53 Energien umzustellen. Es braucht jetzt aber dafür eine 100 %ige politische  
54 Unterstützung, vernünftige rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen,  
55 vorbildliches Handeln der staatlichen Stellen und eine Förderung der vielen  
56 Bürger\*innen, die selbst in die saubere Stromversorgung der Zukunft investieren  
57 wollen. Dann kann die Vision eines klimaneutralen Wirtschaftens Realität werden.

## 58 II. Ausgangslage

### 59 1. Atomstrom ade – Stromimport juchhe?

60 Die Stromversorgung in Bayern ist in einem massiven Umbruch. Vor 10 Jahren wurde  
61 noch fast 60 % des in Bayern verbrauchten Stroms in Atomreaktoren produziert. Im  
62 Jahr 2020 wird der Anteil bei etwa 25 % liegen und in zwei Jahren geht der  
63 letzte der beiden noch in Betrieb befindlichen gefährlichen Reaktoren endgültig  
64 vom Netz.

65 Mit der Stilllegung der Atomkraftwerke sinkt die Eigenstromerzeugung Bayerns und  
66 der Freistaat wird mehr und mehr zum Stromimportland. Wurden die ersten  
67 Atomkraftwerke noch locker von den erneuerbaren Energien ersetzt, die am Anfang  
68 des Jahrzehnts einen großen Boom erlebten, hat sich nun die Situation gedreht.

69 Dies hat neben dem Atomausstieg vor allem drei Gründe:

- 70 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien lahmt in Bayern: die Photovoltaik ist  
71 in den Jahren nach 2012 stark eingebremst worden und erholt sich nur  
72 langsam . Die Windkraft liegt nach einem kurzen Boom (2014 bis 2016)  
73 danieder; die Kombination aus 10H-Regelung und bundesweiten

74 Ausschreibungsbedingungen macht den Neubau nahezu unmöglich.

75

76 Bei Wasserkraft und Biogasanlagen sind die Potenziale weitestgehend  
77 ausgeschöpft. Es ist zu erwarten, dass bei Biogas die erzeugte Strommenge  
78 in nächster Zeit zurückgehen wird. Und last but not least: die  
79 Staatsregierung hat ihre Ausbauziele für die Erneuerbaren für 2025 soweit  
80 heruntergeschraubt, dass sie im Grunde schon jetzt erfüllt sind. Ziele für  
81 die Zeit nach 2025 hat die Staatsregierung nicht aufgestellt.

82 • Die bestehenden Gaskraftwerke erleben gerade eine überraschende  
83 Renaissance. Durch stark gefallene Erdgaspreise auf dem Weltmarkt und  
84 gestiegene Preise beim Emissionshandel haben die Gaskraftwerke häufiger  
85 einen Vorteil gegenüber (Stein-) Kohlekraftwerken. So werden z.B. die  
86 Gaskraftwerke in Irsching, die die Betreiber schon mehrfach stilllegen  
87 wollten nun wieder am Strommarkt teilnehmen.

88 • Es gibt in Bayern noch zwei größere Steinkohlekraftwerke, die jedoch  
89 aufgrund der oben beschriebenen veränderten Situation am Gasmarkt  
90 erhebliche finanzielle Probleme am Strommarkt haben.

91 In der Konsequenz wird – letztlich bestimmt von der Strombörse in Leipzig –  
92 zunehmend öfter und immer mehr Strom importiert. Vor allem aus den norddeutschen  
93 Bundesländern, in denen die Stromproduktion aus Wind und Braunkohle den Markt  
94 zunehmend dominiert.

95 Die energiepolitische Untätigkeit der Staatsregierung treibt Bayern in eine  
96 zunehmende Abhängigkeit von Stromimport. Das ist sogar erklärtes Ziel: Die  
97 Staatsregierung strebt an, im Jahr 2025 etwa 40 bis 50 % des in Bayern  
98 benötigten Stroms zu importieren.

## 99 2. Staatsregierung hat die Energiewende ausgebremst

100 Nach einer kurzen Euphorie nach Fukushima ist das Thema Energiewende wieder vom  
101 Bildschirm der CSU-Staatsregierung verschwunden. Mit der 10H-Regelung wurden  
102 nicht nur Bau und Planung von Windkraftanlagen abgewürgt, sondern auch die  
103 Stimmung gegen Windkraft deutlich geschürt. Der Ausbau der Photovoltaik erholt  
104 sich nur langsam vom kalkulierten Zusammenbruch durch die letzten EEG-Novellen.  
105 Biogasanlagen laufen zum großen Teil immer noch rund um die Uhr, obwohl absehbar  
106 ist, dass sie zukünftig vor allem in den Stunden gebraucht werden, wenn Wind und  
107 Sonne zu wenig Strom liefern.

108 Zudem fallen ab dem Jahr 2020 allmählich immer mehr Anlagen aus der  
109 Vergütungsregelung des EEG. Ohne Perspektiven für einen guten Weiterbetrieb  
110 werden viele, technisch funktionsfähige Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen  
111 stillgelegt. Es droht sogar ein Rückschritt, wenn die Regierung nicht tatkräftig  
112 gegensteuert.

## 113 3. Klimaschutz im Strombereich ist in Bayern besonders 114 schwierig

115 Weil in Bayern weniger als 5 % des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt wird, die  
116 Gaskraftwerke kaum in den Markt kommen und in der Vergangenheit der größte Teil

117 des Stroms aus Atomkraftwerken kam, sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Strombereich  
118 im Vergleich zu anderen Bundesländern in Bayern gering. Im Klimaschutzkonzept  
119 der grünen Landtagsfraktion (Link) wurde der Anteil des Strombereichs auf 12 %  
120 an den gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen berechnet. Kann der Atomstrom nicht durch  
121 erneuerbare Energien ersetzt werden, droht ein massiver Anstieg der  
122 Treibhausgasemissionen aus dem Strombereich. Dies kann zu einer Verdopplung oder  
123 gar Verdreifachung der CO<sub>2</sub> Emissionen pro Jahr führen. Die ohnehin miserable  
124 Klimabilanz der Staatsregierung würde sich also nochmals verschlechtern.

125 Grafik: Verteilung VERTEILUNG DER CO<sub>2</sub>-EMISSIONEN IN BAYERN AUF SEKTOREN

### 126 **III. Unsere Ziele im Strombereich: 100 %** 127 **erneuerbar, möglichst dezentral und in** 128 **Bürgerhand**

129 Für wirksamen Klimaschutz ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend.  
130 Im Strombereich ist die Technologie am weitesten fortgeschritten.

131 Daher ist unser Ziel im Strombereich ein Dreifaches:

- 132 • 100 % Erneuerbare Energien bis 2030 in Bayern
- 133 • möglichst dezentral
- 134 • und in Bürgerhand

135 Klare Priorität hat der rasche Ausbau der Erneuerbaren Energien. Der Klimaschutz  
136 als eine der großen Herausforderungen verlangt eine rasche und konsequente  
137 Umstellung unserer Stromerzeugung: weg vom nuklear-fossilen Kraftwerkspark hin  
138 zu Erneuerbaren Energien.

139 Die Dezentralität ergibt sich einerseits aus der Technologie: Erneuerbare  
140 Energien werden in der Fläche gewonnen und sie führen den Flächenbedarf näher an  
141 uns heran, als weit entfernte Uran- oder Kohleabbaugebiete, Erdölfelder oder  
142 Gasexplorationen. Andererseits ist die Dezentralität aber auch ein Gewinn für  
143 die Versorgungssicherheit. Die Stromversorgung gehört heutzutage zur „kritischen  
144 Infrastruktur“. Zentrale Versorgungsstrukturen sind wesentlich verletzlicher und  
145 damit ist eine dezentrale Stromversorgungsstruktur weniger anfällig gegen äußere  
146 Einwirkungen. Meist kann eine dezentrale Energieversorgungsstruktur auch die  
147 Effizienzpotenziale (Kraft-Wärme- Kopplung, Sektorenkopplung) besser nutzen.

148 Unserer Meinung nach gehört die Energiewende aus grundsätzlich demokratischen  
149 Überlegungen heraus in Bürgerhand. Jahrzehntlang haben in Deutschland einige  
150 wenige Stromkonzerne die Entwicklung bestimmt. Erst durch die Anti-Atom- und  
151 Umwelt-Bewegung wurden diese Monopole und ihre Politik in Frage gestellt. Ein  
152 Wirtschaftszweig, von dem alle Bürger\*innen fast existenziell abhängig sind,  
153 sollte nicht von wenigen profitorientierten Unternehmen gesteuert werden.

## 154 IV. Was wir ändern wollen

### 155 1. Erneuerbare Energien in Bayern ausbauen

156 Wir können in Bayern 100 % unseres Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien  
157 selbst erzeugen. Dies stärkt die regionale Wertschöpfung, steigert die  
158 Effizienz, reduziert Verluste und erhöht die Versorgungssicherheit.

#### 159 Windenergie

160 Der größte Nachholbedarf besteht bei der Windenergie. Dazu muss die 10H-Regelung  
161 (vereinfacht gesagt, die Auflage, dass Windkraftanlagen den 10-fachen Abstand  
162 ihrer Höhe zum nächsten Wohnhaus aufweisen müssen) schnell aufgehoben werden.  
163 Die 10H-Regelung hat zahlreiche Windkraftprojekte abgewürgt. Vor allem hat sie  
164 auch eine Stimmung gegen Windkraft im Land mobilisiert. Wir wollen die 10H-  
165 Regelung ersatzlos abschaffen. Gute Planungen ermöglichen einen Ausbau der  
166 Windkraft in Bayern und halten negative Auswirkungen auf Mensch und Natur, etwa  
167 durch Lärm, Schattenwurf oder Vogelschlag, gering.

168 Aber auch die neuen Ausschreibungsbedingungen für Windkraft, die die  
169 Bundesregierung beschlossen hat, behindern den Ausbau der Windkraft. Wir wollen  
170 uns in Berlin dafür einsetzen, dass auch Windkraftprojekte in Bayern eine Chance  
171 haben.

172 Durch eine sogenannte De-minimis-Regel, die es erlaubt, kleineren Windparks auch  
173 ohne Ausschreibungsverfahren eine EEG-Vergütung zu bekommen, können kleinere  
174 Projekte ohne den Aufwand des Ausschreibungsverfahrens einfacher realisiert  
175 werden. Insgesamt soll das jährliche Ausschreibungsvolumen auf Bundesebene auf  
176 mindestens 5.000 Megawatt angehoben werden. Bei den Ausschreibungen soll durch  
177 eine regionale Quote (bzw. durch Regionalausschreibungen oder durch Änderungen  
178 der Bestimmungen des Referenzertragswerts) der Bau von Windkraftanlagen im Süden  
179 gezielt vorangetrieben werden.

180 Die Landes- und Regionalplanung soll, wie in den Jahren vor Einführung der 10H-  
181 Regel, wieder aktiv mit den Kommunen Flächen für die Windkraft ausarbeiten und  
182 vorhalten. Dazu werden die Kompetenzen der regionalen Planungsverbände gestärkt.  
183 Wir wollen 2 % der Landesfläche für Windkraftnutzung zur Verfügung stellen.

184 Die Bayerischen Staatsforsten sollen den Ausbau der Windkraft wieder  
185 unterstützen.

#### 186 Solarenergie

187 In Bayern wird das große Potenzial, das sich aus den überdurchschnittlich  
188 vielen Sonnenscheinstunden ergibt, nicht annähernd genutzt. Die Staatsregierung  
189 soll sich dafür einsetzen, dass die so genannte „Sonnensteuer“ (=EEG-Umlage für  
190 selbstgenutzten Strom) wieder abgeschafft wird und PV-Anlagen unter 1 MWp nicht  
191 den Ausschreibungsregelungen unterworfen werden, sondern unter die De-Minimis-  
192 Regelung fallen. Wir streben einen jährlichen, bundesweiten Ausbau von  
193 mindestens

194 7.000 Megawatt an. Und natürlich sollen die Dächer der staatlichen  
195 Liegenschaften Solarenergie nutzen – entweder zur Strom- oder Wärmeerzeugung  
196 oder noch besser für beides.

197 Solarenergie ist auf Grund ihrer Technik, die ideale Bürgerenergie. Dazu kam im  
198 Juni 2018 aus Brüssel ein gutes Signal. Dort wurde vorgeschlagen, dass zukünftig  
199 Ökostrom bis 25 KW abschlagfrei produziert und gehandelt werden darf.

#### 200 Biomasse

201 Das Potenzial bei der Stromerzeugung aus Biogas bzw. Biomasse ist weitgehend  
202 ausgeschöpft. Zwei wesentliche Punkte sind jedoch zu korrigieren:

203 Zum einen müssen die Biogasanlagen stärker ökologisiert werden. Wir setzen uns  
204 dafür ein, dass mehr Reststoffen und Gülle und weniger Mais eingesetzt werden.  
205 Mais soll neben Reststoffe und Gülle auch von anderen Energiepflanzen ersetzt  
206 werden, wie z.B. die durchwachsene Sylphie. Wir wollen auch bei den  
207 Energiepflanzen die Fruchtfolge fördern.

208 Zum andern wird zunehmend problematisch, dass Biogasanlagen rund um die Uhr  
209 betrieben werden, also auch in Zeiten, in denen ausreichend Solarstrom in Bayern  
210 angeboten wird. Es ist unser Ziel, die Stromerzeugung aus Biogas bzw. Biomasse so  
211 zu flexibilisieren, damit diese Stromerzeugung sich stärker an der Nachfrage und  
212 am Angebot von Solar- oder Windstrom orientieren kann. Dafür müssen die  
213 Biogasanlagen der Zukunft mit einem größeren Gasspeicher ausgestattet werden und  
214 ein zusätzlicher Motor die schnelle Einspeisung garantieren. Diese  
215 Flexibilisierung gilt es zu fördern.

#### 216 Wasserkraft

217 Auch das Potenzial der Wasserkraft ist weitgehend erschöpft. Wichtig ist es,  
218 dass der von der Staatsregierung seit Jahren angekündigte Wasserkrafterlass in  
219 enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen- und Naturschutzverbänden  
220 endlich erarbeitet und veröffentlicht wird. Bei der Ertüchtigung und  
221 Modernisierung von großen Wasserkraftwerken (größer als 1 MW) soll die  
222 Staatsregierung mit den Betreibern und den Naturschutzverbänden ein Konzept zur  
223 Ertüchtigung vorlegen. Um die Wirksamkeit neuer Technologien in diesem Bereich  
224 zu überprüfen, wollen wir Modellprojekte für mehr Fischschutz bei bestehenden  
225 Wasserkraftanlagen fördern. Mit einer Studie sollen die zahlreichen bestehenden  
226 Querbauwerke in den bayerischen Fließgewässern untersucht werden, mit dem Ziel,  
227 zu klären, welche davon abgebaut oder so umgebaut werden können, dass eine  
228 ökologische Wasserkraftnutzung bei gleichzeitiger Verbesserung der  
229 Gewässerökologie möglich ist.

#### 230 Geothermie

231 Die Geothermie hat, wie ihr Name schon sagt, ihr größtes Potential im  
232 Wärmebereich. Hier gilt es sie stark zu fördern. Der Beitrag der geothermischen  
233 Stromerzeugung wird insgesamt jedoch überschaubar bleiben. Dennoch wollen wir  
234 sie gerade im Voralpenland in Kombination mit einer regenerativen Wärmeerzeugung  
235 fördern. Die tiefe Geothermie ist eine ständig verfügbare Energiequelle und kann  
236 ein auf Sonne und Wind ausgerichtetes Stromsystem gut ergänzen. Die größten  
237 wirtschaftlichen

238 Unsicherheiten bestehen bei der Bohrung, noch bevor der tatsächliche Ertrag  
239 wirklich abschätzbar ist. Wir fordern daher die Übernahme von Bürgschaften durch  
240 den Freistaat.

## 241 2. Effizienzpotenziale heben

242 Die sauberste Kilowattstunde ist die, die nicht erzeugt bzw. verbraucht wurde.

243 Die Einsparung von Strom bzw. die effiziente Nutzung von Strom ist also eine  
244 äußerst umweltfreundliche Maßnahme. Die zahlreichen Befreiungen für  
245 stromintensive Großbetriebe und der niedrige Börsenstrompreis führen dazu, dass  
246 gerade im energieintensiven industriellen Bereich die Potenziale zur  
247 Stromeinsparung nicht genutzt werden. Daher ist es nötig hier die  
248 Rahmenbedingungen zu ändern (siehe unter Punkt 4.k).

249 Im Bereich der Haushalte und des Gewerbes ist vor allem Information, Beratung  
250 und Unterstützung erforderlich. Wir wollen regionale Energieagenturen aufbauen  
251 und kommunale Klimaschutzbeauftragte fördern, die Kommunen, Unternehmen und  
252 Privatpersonen beraten und Stromsparkampagnen initiieren. Sie werden unterstützt  
253 von einer landesweiten Energieagentur.

254 Wir wollen, dass die Staatsregierung in den eigenen Liegenschaften  
255 Stromsparmöglichkeiten umsetzt und die Kommunen bei der Stromeinsparung in  
256 kommunalen Liegenschaften fördert. Die Förderprogramme des Freistaats und die  
257 Beschaffungsleitlinien sollen sich wesentlich am Ziel der Strom- bzw.  
258 Energieeinsparung orientieren.

259 Insgesamt sind hier Einsparungen von 20- 30 % möglich. Andererseits werden aber  
260 in den Bereichen Wärme und Mobilität große, neue Verbrauchsbereiche entstehen.  
261 Das ist sinnvoll, da Strom sehr leicht erneuerbar erzeugt werden kann. Der  
262 Stromverbrauch insgesamt wird aber im Jahr 2030 sicherlich weit über dem  
263 heutigen liegen. Die Infrastruktur ist darauf entsprechend auszurichten (s.  
264 Kapitel IV, 5-8).

## 265 3. KWK in Bayern mehr nutzen

266 Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine der effizientesten  
267 Stromerzeugungsmöglichkeiten. Die KWK-Anlagen werden in den meisten Fällen mit  
268 Erdgas betrieben, können aber natürlich auch mit Biomasse oder zunehmend mit  
269 erneuerbarem Gas befeuert werden. Insbesondere in den verdichteten  
270 Siedlungsgebieten und in den Gebieten mit gewerblichem bzw. industriellem  
271 Wärmebedarf sehen wir sinnvolle Anwendungen für den Ausbau der KWK.

272 Die KWK-Anlagen sind einerseits eine Übergangstechnologie für den Zeitraum eines  
273 schnellen Atom- und Kohleausstiegs, gleichzeitig aber auch eine langfristige  
274 Zukunftstechnologie für die Strom- und Wärmeerzeugung auf Basis von Biogas oder  
275 Power-to-gas.

276 Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene für die KWK  
277 verbessert werden und die bestehende Förderung zeitlich verlängert wird.

278 In Bayern wollen wir ein flächendeckendes Wärme- und Kältekataster erarbeiten um  
279 den Bau von KWK-Anlagen zu unterstützen. Mit einer Informationskampagne für  
280 potenzielle Investoren sollen die Vorteile der KWK bekannter gemacht werden.

281 In staatlichen Bestandsgebäuden und kommunalen Liegenschaften ist der Bau von  
282 KWK-Anlagen zu verstärken. Ab einem bestimmten Wärmebedarf sind bei  
283 energetischen Sanierungen KWK-Anlagen eine sehr gute Möglichkeit den Wärmebedarf

284 zu decken und gleichzeitig Strom zu erzeugen. Erstes Ziel bleibt aber immer den  
285 Verbrauch erstmal soweit als möglich zu senken und den Restbetrag mit  
286 erneuerbaren Energien (v.a. Solar- oder Geothermie) direkt zu decken. Erst  
287 danach ist über eine KWK Anlage nachzudenken.

#### 288 4. Atom- und Kohlekraftwerke schnell stilllegen – nicht nur 289 in Bayern

290 Die beiden noch laufenden Atomkraftwerke in Bayern sind nicht nur ein enormes  
291 Sicherheitsrisiko und ein ständiger Produzent von hochradioaktivem Atommüll,  
292 sondern sie behindern darüber hinaus sehr stark die Energiewende. Weil sie  
293 schwerfällig zu regulieren sind, werden sie auch betrieben, wenn die  
294 Erneuerbaren Energien die Stromversorgung in Bayern alleine übernehmen könnten.  
295 Das passiert in den Sommermonaten, insbesondere an Wochenenden, immer häufiger.  
296 Dieses Überangebot führt dazu, dass der Strompreis immer öfter in den negativen  
297 Bereich rutscht. In weit über 100 Stunden im Jahr können große Stromverbraucher  
298 Strom nicht nur kostenlos verbrauchen, sondern bekommen auch noch „Prämien“  
299 dafür.

300 Wir wollen die beiden Atomkraftwerke schneller stilllegen als im Atomgesetz  
301 vorgesehen. Insbesondere der letzte deutsche Siedewasserreaktor, der Block  
302 Gundremmingen C, ist aus unserer Sicht ein vollkommen überflüssiges  
303 Sicherheitsrisiko. Seine Stromproduktion könnte problemlos von bestehenden  
304 bayerischen Gaskraftwerken übernommen werden.

305 Wir wollen eine rasche und gründliche Sicherheitsüberprüfung für Gundremmingen  
306 und werden keinen Sicherheitsrabatt für die letzten Betriebsjahre geben.

307 Wegen der jahrzehntelangen, sehr einseitigen Ausrichtung auf Atomkraftwerke gibt  
308 es in Bayern nur zwei Kohlekraftwerke: das Heizkraftwerk München Nord und ein  
309 Kohlekraftwerk in Zolling. Das Kohlekraftwerk Zolling sollte unseres Erachtens  
310 zügig aus dem Markt genommen werden, da es durch bestehende Gaskraftwerke  
311 ersetzt werden kann. Es reicht vollkommen aus, wenn es als „systemrelevantes  
312 Kraftwerk“ als Reserve in netzkritischen Zeiten zur Verfügung steht.

313 Der Ersatz des Kohlekraftwerks München Nord ist umfassender zu planen, da das  
314 Kraftwerk auch einen wesentlichen Teil der Fernwärmeversorgung Münchens abdeckt.  
315 Eine umweltfreundliche Umstellung der Fernwärmeversorgung erfordert neue  
316 Investitionen, etwa in Geothermieprojekte, Abwärmenutzung, erneuerbare  
317 Wärmequellen, Wärmespeicher oder Gaskraftwerke.

318 In der aktuellen energiewirtschaftlichen und politischen Situation wird sich  
319 Bayern in den nächsten Jahren massiv von Stromimporten abhängig machen. In  
320 Bayern werden Atomkraftwerke abgeschaltet, Erneuerbare Energien ausgebremst und  
321 bestehende Gaskraftwerke kommen nicht in den Markt. Die Überkapazitäten an  
322 fossilen und nuklearen Kraftwerken führen zu niedrigen Strompreisen an der  
323 Strombörse und führen in der Konsequenz dazu, dass Bayern Strom aus  
324 Norddeutschland in erheblichen Umfang importieren wird. Dies ist teilweise  
325 Windstrom, aber auch Braunkohlestrom. Die Staatsregierung geht davon aus, dass  
326 im Jahr 2025 fast 50 % des Stroms importiert wird. In Spitzenzeiten hätten wir  
327 dann eine Importabhängigkeit von 70/ 80 %. Diese starke Importabhängigkeit  
328 halten wir für falsch.

329 Ein zügiger Ausstieg aus der Braunkohle ist daher auch in bayerischem Interesse,  
330 aus drei Gründen:

- 331 • Der CO<sub>2</sub>-Ausstoss geht zurück.
- 332 • Die bestehenden modernen Gaskraftwerke kommen in den Markt.
- 333 • Die Importabhängigkeit Bayerns sinkt.

334 Darum setzen wir uns auch aus bayerischem Interesse für einen schnellen Ausstieg  
335 aus der Braunkohleverstromung ein.

## 336 5. Netze anpassen

337 Die Stromversorgungsstruktur in Deutschland befindet sich im Umbruch. Die  
338 Bedeutung großer zentraler Kraftwerke sinkt und eine Fülle dezentraler  
339 Stromerzeuger tritt in den Markt ein. Das verlangt auch einen Umbau der  
340 Infrastruktur im Bereich der Stromverteilung und -übertragung.

341 Der größte Anpassungsbedarf ist auf Ebene der Verteilnetze. Hier wurde in den  
342 letzten Jahren schon erheblich investiert. Im Zuge des weiteren Ausbaus der  
343 Erneuerbaren Energien muss darauf geachtet werden, dass der Ausbau der  
344 Verteilnetze damit Schritt halten kann. Dazu sind auf Bundesebene Änderungen im  
345 rechtlichen Ordnungsrahmen nötig. So gilt es den Verteilnetzbetreibern (z.B. den  
346 Stadtwerken) die Möglichkeiten des Einsatzes von Stromspeichern generell zu  
347 ermöglichen.

348 Eine großräumigere Verteilung von Strom ist sinnvoll, weil es im Laufe des  
349 Jahres häufig regionale Stromüberproduktionen geben wird. In der Regel ist es  
350 volkswirtschaftlich ökonomischer und ökologischer diese regionalen  
351 Überproduktionen durch ein Leitungssystem erstmal dorthin zu verteilen, wo zu  
352 diesem Zeitpunkt Strombedarf herrscht. Erst wenn der aktuelle Bedarf gedeckt  
353 ist, sollte überschüssiger Strom möglichst verlustarm gespeichert werden. Daher  
354 halten wir – neben anderen Argumentationen, wie z.B. der Netzstabilität – den  
355 geplanten Bau von HGÜ- Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland in  
356 diesem Umfang für sinnvoll.

## 357 6. Speicherkapazitäten errichten

358 Die beiden großen Säulen der Energieversorgung der Zukunft sind Sonne und Wind.  
359 Da diese nicht rund um die Uhr zur Verfügung stehen, gewinnt die Frage der  
360 Stromspeicherung zunehmend an Bedeutung. Es gibt unterschiedliche  
361 Stromspeichertechnologien und unterschiedliche Bedarfe. Für eine Vollversorgung  
362 mit Erneuerbaren Energien werden aller Voraussicht nach verschiedene  
363 Technologien zum Einsatz kommen.

364 In den nächsten Jahren ist vor allem die Kurzzeitspeicherung von Strom über  
365 einige Stunden oder Tage von Bedeutung, z.B. um Solarstrom vom Tag am Abend und  
366 in der Nacht zu nutzen, oder auch um Windstrom zu speichern, der oft nachts  
367 produziert wird und dem kein entsprechender Bedarf gegenübersteht.

368 Für die kurzfristige Speicherung bieten sich vor allem Batteriespeicher und  
369 Pumpspeicherkraftwerke an. Beide Technologien haben ihre spezifischen Vorteile.

370 Welche davon sich ökonomisch durchsetzen wird, ist derzeit nicht absehbar, zumal  
371 die Rahmenbedingungen für beide Technologien nicht gleich sind.

372 Bayern hat eine große Zahl von Gebieten, die für die Nutzung durch  
373 Pumpspeicherkraftwerke geeignet sind. Mögliche Standorte sind im  
374 Genehmigungsverfahren eingehend unter ökologischen Gesichtspunkten zu bewerten.  
375 Zur Realisierung sind aber auch auf Bundesebene die Rahmenbedingungen zu  
376 verändern. Der Betrieb von Pumpspeicherkraftwerken ist in den letzten Jahren  
377 wenig lukrativ geworden. So wird beispielsweise in Bayern das bestehende  
378 Pumpspeicherkraftwerk Happpurg aus ökonomischen Gründen derzeit nicht repariert.

379 Wir wollen die von der Staatsregierung vorgelegte Untersuchung von möglichen  
380 Pumpspeicherkraftwerken unter ökologischen Gesichtspunkten vergleichend bewerten  
381 und anschließend die Planung von Pumpspeicherkraftwerken in die Landesplanung  
382 aufnehmen.

383 Aufgrund der hohen Investitionskosten und der langen Nutzungszeit von  
384 Pumpspeicherkraftwerken sind eine Harmonisierung der rechtlichen  
385 Rahmenbedingungen zwischen Deutschland, Österreich und Schweiz von grundlegender  
386 Bedeutung, um Investitionssicherheit für potenzielle Investor\*innen zu schaffen.  
387 Ferner ist anzustreben, dass Stromspeicher auch als Regelenergieanbieter im  
388 Markt tätig werden können.

389 Auch die Nutzung der bestehenden privaten Speicher im Schwarmmodell muss  
390 erleichtert werden.

391 Mittel- und langfristig wird die Speicherung über längere Zeiträume nötig  
392 werden, wenn wir die Stromversorgung klimaneutral gestalten wollen. Durch die  
393 Zunahme des Stromverbrauchs im Zuge der Sektorkopplung (siehe 4h) wird es v.a.  
394 im Winter zu hohen Bedarfsspitzen kommen. Eine jahreszeitliche Speicherung mit  
395 chemischen Speichern ist deshalb notwendig.

396 Für diese längerfristige Speicherung wird aller Voraussicht nach kein Weg an der  
397 „Power-to-gas-Technologie“ (PtG) vorbeigehen. Wir müssen heute damit beginnen,  
398 diese Zukunftstechnologie in der Praxis einzusetzen, um Wirkungsgrade weiter zu  
399 steigern und v.a. Kosten zu reduzieren. Moderne PtG Anlagen können heute bei der  
400 Wasserstoffherstellung bereits einen Wirkungsgrad von bis zu 75 % erreichen.

## 401 7. Flexibilitäten entwickeln

402 Ein großes systemisches Problem der Energieversorgung auf Basis erneuerbarer  
403 Energien ist die Tatsache, dass der Stromverbrauch und das Angebot an Wind- und  
404 Sonnenenergie zeitlich nicht synchron laufen. Es wird also Zeiten geben, mit  
405 einem hohen Angebot an Wind- und/oder Solarstrom bei gleichzeitigem geringen  
406 Bedarf und umgekehrt Zeiten mit einem sehr geringen Angebot an Wind- und  
407 Solarstrom und einem vergleichsweise hohen Bedarf, vielleicht sogar über mehrere  
408 Wochen. In der Fachwelt spricht man von einer sog. „Dunkelflaute“.

409 Daher liegt ein wesentlicher Baustein der zukünftigen Energieversorgung in der  
410 Entwicklung von Flexibilitäten, sowohl beim Stromverbrauch, wie bei der  
411 Stromeinspeisung.

412 Für die Flexibilitäten stehen verschiedene Technologien zur Verfügung, wie z.B.  
413 flexibel einspeisende Biogasanlagen oder Wasserkraftwerke, Stromspeicher der

414 verschiedenen Arten, KWK-Anlagen oder schnell einsetzbare Gaskraftwerke. Die  
415 Flexibilität ist aber nicht nur auf der Stromangebotsseite sinnvoll, sondern  
416 auch auf der Nachfrageseite.

417 Eine wichtige Baustelle der Zukunft wird es sein, auch die Nachfrage nach Strom  
418 teilweise dem Angebot anzupassen. Also dann mehr Strom zu verbrauchen, wenn  
419 Strom im Überfluss (und billig) zur Verfügung steht, und weniger zu verbrauchen,  
420 wenn er knapp (und teuer) ist. Das ist bei Kühlprozessen oder auch bei  
421 hochautomatisierter Fertigung bereits heute möglich. Der erste Schritt wäre die  
422 Einführung von lastvariablen Tarifen, wie es das Energiewirtschaftsgesetz  
423 eigentlich schon längst vorschreibt. Dann würden die Verbraucher belohnt, die  
424 ihr Stromverbrauch der Angebotsseite anpassen und z.B. dann ihr Auto laden, wenn  
425 Strom ausreichend zur Verfügung steht.

426 Es fehlt nicht an der Technologie, sondern vielmehr an den wirtschaftlich-  
427 rechtlichen Rahmenbedingungen. Das in vielen Untersuchungen ermittelte Potenzial  
428 des „Lastmanagement“ lohnt sich kaum, wenn durch vorhandene Überkapazitäten am  
429 Strommarkt der Strompreis an der Börse bei 2 oder 3 Cent/kWh liegt.

430 Daher ist ein Kohleausstieg auch nötig, damit sich ein Markt für Flexibilität  
431 überhaupt entwickeln kann, in dem dann verschiedene Technologien, aber auch  
432 Marktmechanismen wirken können. Dazu ist es wichtig, dass die Preissignale, die  
433 derzeit an der Strombörse gebildet werden, auch tatsächlich bei den  
434 Verbraucher\*innen ankommen. Denn heute verdient vor allem der Stromversorger  
435 daran, wenn viel Wind weht und er den Strom billig einkaufen kann, während die  
436 Haushalte vollkommen unabhängig davon immer den gleichen Preis pro kWh bezahlen  
437 müssen.

438 Teil der Flexibilität sind natürlich auch die Stromnetze und Stromspeicher. Mit  
439 ihnen ist auch die Möglichkeit für regionale Flexibilitätsmärkte gegeben. (Siehe  
440 4e und 4f)

441 Auch die Sektorenkopplung kann in dem Flexibilitätsmarkt eine Rolle spielen, wie  
442 im nächsten Kapitel erläutert wird.

## 443 8. Sektorenkopplung anschieben

444 In der Vergangenheit wurden die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität meist  
445 getrennt betrachtet. Die Trennung dieser Bereiche löst sich allmählich auf. Ein  
446 wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist die Elektromobilität, weil gerade im  
447 privaten Bereich viele E-Auto-Batterien auch durch die eigene PV-Anlage geladen  
448 werden. Immer öfter wird auch diskutiert, ob E-Auto-Batterien auch vom  
449 Stromversorger zur Speicherung genutzt werden können. Zunehmend häufiger wird  
450 auch billiger „Überschussstrom“ genutzt um Wärme zu erzeugen, welche dann auch  
451 gut gespeichert werden kann.

452 Wärmepumpen sind heute die häufigste Art der Beheizung von neugebauten  
453 Wohnhäusern. Die Grenzen der alten Einsatzbereiche von Strom lösen sich also  
454 immer stärker auf.

455 Sowohl unter Effizienzgesichtspunkten, aus Klimaschutzgründen aber auch aus  
456 Gründen der volkswirtschaftlichen Rentabilität sind viele Beispiele der  
457 Sektorenkopplung sinnvoll. So kann es oft effizienter sein, mit „überflüssigem“  
458 Windstrom Gebäude zu beheizen, anstatt ihn aufwändig zu speichern. In welchen

459 Fällen die Sektorenkopplung sinnvoll ist, hängt entscheidend von der Art und  
460 Weise ab, wie der „Ausgangsstrom“ produziert wurde.

461 Da in den letzten Jahren die energiepolitischen Rahmenbedingungen oft geändert  
462 wurden und wenig verlässlich waren, sind Investitionen in diesem Bereich mit  
463 einem gewissen Risiko behaftet. Ein klarer und verlässlicher Rechtsrahmen kann  
464 und muss daher die Investitionssicherheit schaffen. (zu den rechtlichen  
465 Rahmenbedingungen siehe auch 4k)

## 466 9. Staat und Kommunen werden Vorbilder

467 Die Energiewende ist in den erfolgreichen Jahren vor allem eine  
468 Bürgerenergiewende gewesen. Die traditionelle Energiewirtschaft und in ihrem  
469 Gefolge die Regierungsparteien der letzten Jahre von CDU, CSU, SPD und FDP haben  
470 sich der Energiewende widersetzt. Erst nach dem Atomunfall von Fukushima haben  
471 sich auch die Unionsparteien, wenn auch zum großen Teil nur halbherzig, zur  
472 Energiewende bekannt.

473 Für die Umsetzung der Energiewende ist es von großer Bedeutung, dass sich die  
474 staatlichen Stellen nicht nur verbal, sondern auch durch aktives Handeln für  
475 Erneuerbare Energien und Energieeffizienz engagieren.

476 Dabei geht es vor allem um das Handeln in eigenen Bereich. Wir wollen, dass die  
477 Dachflächen der staatlichen Gebäude zur Nutzung der Sonnenenergie dort  
478 vollständig genutzt werden, wo es technisch möglich ist. Wir wollen bei der  
479 Beheizung der staatlichen Gebäude den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung  
480 vervielfachen. Die energetische Sanierung der staatlichen Gebäude muss  
481 vorangetrieben und dabei auch alle Möglichkeiten der Stromeinsparung und der  
482 effizienten Stromnutzung umgesetzt werden. Bei der Beschaffung bzw.  
483 Ausschreibung von Gütern und Dienstleistungen müssen ökologische Kriterien, wie  
484 etwa der Energieverbrauch über den gesamten Lebenszyklus, stärker berücksichtigt  
485 werden. Alle staatlichen Gebäude sollen zukünftig mit echtem Ökostrom aus  
486 jüngeren EE-Anlagen beliefert werden.

487 Wir wollen, dass der Freistaat die Kommunen unterstützt, damit auch diese in  
488 ihren Liegenschaften die Energiewende zügig umsetzen. Dies könnte z.B. mit einem  
489 Solarkataster für alle kommunalen Liegenschaften erfolgen, welches der Freistaat  
490 erstellt und den Kommunen zur Verfügung stellt.

## 491 10. Bürgernahe Beratung

492 Viele Menschen wollen selber aktiv in die Energiewende investieren, fühlen sich  
493 aber bei der Entscheidung für bestimmte Technologien und beim bürokratischen  
494 Aufwand bei der Nutzung von Förderprogrammen schnell überfordert.

495 Wir fordern Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Sie  
496 liefern eine unabhängige, niederschwellige und kompetente Beratung für  
497 Privatpersonen (sowohl Hausbesitzer\*innen, als auch Mieter\*innen), aber auch für  
498 Gewerbe und Unternehmen sowie Kommunen. Erfahrungen haben gezeigt, dass  
499 Energieagenturen in ihren Regionen eine starke Dynamik für die Energiewende  
500 auslösen können.

501 Die regionalen Energieagenturen leisten darüber hinaus aber auch allgemeine  
502 Öffentlichkeitsarbeit und können Fortbildungen für das einschlägige Handwerk  
503 anbieten.

504 Der Vorteil der regionalen Energieagenturen bzw. der kommunalen  
505 Klimaschutzmanager ist ihre gute Kenntnis der regionalen Gegebenheiten und des  
506 regionalen Marktes. Durch ihre regionale Bekanntheit können sie sich nach und  
507 nach Netzwerke aufbauen und bei Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen  
508 gefragte Experten werden.

509 Auf der Ebene des Freistaats wollen wir eine Landesenergieagentur schaffen. Sie  
510 betreibt allgemeine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, unterstützt den  
511 Aufbau der regionalen Energieagenturen und bietet überregionale Informationen  
512 für einzelne Branchen an.

## 513 11. Rahmenbedingungen ändern

514 Die Stromwirtschaft hat sich mit der Liberalisierung des Strommarkts 1998  
515 deutlich gewandelt. Der Versuch, die Energiewende zu steuern, hat in den  
516 vergangenen Jahren zu einer kaum mehr zu überblickenden Gesetzes- und  
517 Regelungsflut geführt. Ursache dafür ist die seit Jahren anhaltende Situation,  
518 dass in einen – mit fossilen und nuklearen (und steuerlich längst  
519 abgeschriebenen) Kraftwerken – übersättigtem Strommarkt jetzt neue, saubere,  
520 erneuerbare Technologien gebracht werden sollen. Ohne eine Stilllegung der alten  
521 Kraftwerke führt dieser Versuch, den Strommarkt zu lenken, zu einer Fülle von  
522 Regelungen. Beispielhaft sei nur genannt, dass im normalen Haushaltsstrompreis  
523 mittlerweile acht staatliche Steuern und Umlagen, sowie zwei Netzentgelte  
524 enthalten sind. Aber auch für Betreiber von EE-Anlagen ist der bürokratische  
525 Aufwand enorm gestiegen.

526 Die Fülle der neuen Regelungen auf Bundesebene haben zu einer  
527 Unübersichtlichkeit der Regelungen geführt, die für alle beteiligten Unternehmen  
528 einen immensen Aufwand ausgelöst haben. Beispielhaft dafür steht das EEG,  
529 welches mit über 100 Paragraphen zu einem bürokratischen Ungetüm mit  
530 undurchschaubaren Vorschriften verkommen ist.

531 Zudem sind viele Regelungen geschaffen worden, um Einzelinteressen abzufedern.  
532 Es fehlt an einer klaren Orientierung zum Klimaschutz.

533 Wir unterstützen daher die Idee einer nationalen CO<sub>2</sub>-Abgabe, die Schluss macht  
534 mit tausenden Einzelregelungen. Eine nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe ist deshalb ein gutes  
535 Instrument, weil sie sich an den tatsächlichen Verursachern des Treibhauseffekts  
536 orientiert und damit sinnvoll lenkend den Markt beeinflusst. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe ist  
537 keine zusätzliche Abgabe, sie ersetzt den bisherigen „Wildwuchs“ an  
538 verschiedenen Umlagen im Strombereich. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe soll zukünftig in  
539 vorhersehbaren und geplanten Schritten steigen, um die Lenkungswirkung voll zu  
540 entfalten. Zudem wird die Reduzierung auf eine Abgabe den Bürokratieaufwand  
541 deutlich absenken.

542 Die Kosten für den Umbau des Energiesystems sind nicht gerecht verteilt.  
543 Großverbraucher und energieintensive Industrie werden durch verschiedene  
544 Regelungen massiv subventioniert. Privathaushalte, Kleingewerbe und Mittelstand  
545 tragen die Hauptkosten. Diese Subventionierung einerseits und die ungerechte

546 Verteilung zu Lasten von Privatpersonen und Mittelstand muss schrittweise aber  
547 konsequent abgebaut werden.

548 Für Privatpersonen und kleinere Unternehmen sind Investitionen in Erneuerbare  
549 Energien in den letzten Jahren unattraktiv geworden, weil der damit verbundene  
550 bürokratische Aufwand mit Meldepflichten, steuerlichen Fragen und ähnlichem  
551 gewaltig zugenommen hat. Eine Entbürokratisierung für Kleininvestor\*innen ist  
552 dringend nötig.

553 In Bayern wollen wir ein Bayerisches Klimaschutzgesetz, in dem auch für den  
554 Strombereich klare Zielsetzungen und die Entwicklung von konkreten Maßnahmen  
555 gesetzlich verankert werden. Dazu gehört auch, dass Kommunen, die über 5000  
556 Einwohner haben, soweit noch nicht erfolgt, ein Klimaschutzkonzept erstellen.

557 Kommunale Klimaschutzmanager füllen die Konzepte mit Leben und beraten die  
558 Bürger. Ab einer Größe von 10.000 Einwohner ist eine Vollzeitstelle für einen  
559 Klimaschutzmanager einzurichten.

## 560 **V. Global denken, lokal handeln**

561 Die Umstellung unserer Energieversorgung auf Erneuerbare Energien ist machbar,  
562 wenn wir nur wollen. Unser heutiges Wirtschaften ist nicht nachhaltig und  
563 verschiebt die massiven negativen Auswirkungen auf zukünftige Generationen.

564 Vorstellungen eines grenzenlosen und ewig währenden Wirtschaftswachstums sind  
565 mit einer Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien nicht vereinbar. Wir müssen  
566 lernen, stärker darauf zu achten, welche Folgen unser Lebensstil auf unsere  
567 Umwelt und auf die Umwelt anderer hat und entsprechend anzupassen. Es gilt, eine  
568 gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, die sich nicht nur an dem Möglichen  
569 orientiert, sondern an dem, was wir als Gesellschaft wirklich brauchen und  
570 wollen. Der Gedanke der Suffizienz wird hier eine große Rolle spielen.

571 Die negativen Klimafolgen verstärken sich von Jahr zu Jahr und werden immer  
572 unkontrollierbarer. Betroffen sind in besonderem Maße die armen Länder des  
573 Südens. Diese Länder haben selbst an der Klimakrise nahezu keine Schuld. Die  
574 Lebensbedingungen verschlechtern sich jedoch in ihren Ländern teilweise massiv  
575 und die Anzahl der Klimaflüchtlinge steigt an. Fluchtursachen bekämpfen heißt  
576 neue, nachhaltige Wirtschaftsweisen zu etablieren, um einerseits diese Länder  
577 durch Technologietransfer direkt zu stärken und andererseits aktiven Klimaschutz  
578 zu betreiben. Das muss unser gemeinsames Ziel sein, getreu nach dem Motto:  
579 global denken, lokal handeln.

## 580 UNSERE ZEHN WICHTIGSTEN FORDERUNGEN

- 581 1. Abschaffung der 10H-Regel in Bayern
- 582 2. Änderung der bundesweiten Ausschreibungsbedingungen für Erneuerbare  
583 Energien (Ausbaukorridor erhöhen, Regionalisierung einführen und De-  
584 Minimis-Regelung ausweiten)
- 585 3. Biomassenutzung flexibilisieren und ökologisieren
- 586 4. Atomausstieg beschleunigen und Braunkohleausstieg zügig durchziehen
- 587 5. Verteilnetze und Übertragungsnetz den erneuerbaren Energien anpassen
- 588 6. Klare langfristige Rahmenbedingungen für Stromspeicher schaffen
- 589 7. Nationale CO<sub>2</sub>-Abgabe einführen (und dafür andere Abgaben abschaffen)
- 590 8. In allen staatlichen Liegenschaften eine vorbildliche Energieversorgung  
591 etablieren (z.B. Stromeinsparung, KWK, Nutzung der Erneuerbaren Energien)
- 592 9. Energieagenturen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen
- 593 10. Bayerisches Klimaschutzgesetz verabschieden

### Begründung

keine